

„Hast Du die Nachrichten gehört? Gestern haben sie unser Dorf bombardiert.“ H., der die Autorin am Flughafen in Beirut abholt, berichtet gleich die jüngsten Neuigkeiten. „Eine Frau wurde getötet, die Kinder wurden verletzt ins Krankenhaus eingeliefert“, fährt er fort. „Zwei Raketen von einer Drohne.“ Er muss nicht sagen, wer die Drohne geschickt hat, um den Angriff durchzuführen. Nur die israelische Armee greift im Libanon Häuser von Zivilisten an. Von **Karin Leukefeld**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

<https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/240604-Drohnen-ueber-Libanon-NDS.mp3>

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Als die Autorin das letzte Mal Mitte Februar im Libanon unterwegs war, hatte Israel eine Drohne so programmiert, dass sie [sechs Raketen auf ein Wohnhaus mitten in Nabatieh abfeuerte](#). Drei Generationen von einer Familie wurden getötet, als sie beim Abendessen zusammensaßen.

Wohnhäuser, landwirtschaftliche Gebäude oder Fahrzeuge und deren Fahrer, auch Ambulanzfahrzeuge sind nicht sicher vor den Drohnen der israelischen Armee. Immer wieder werden Felder, Obstplantagen, Weinstöcke und Olivenbäume mit Weißem Phosphor verbrannt. Die giftige Waffe, deren Einsatz in bewohnten Gebieten verboten ist, macht landwirtschaftliches Gelände auf Jahre hinaus unfruchtbar. Konzentrierten sich die israelischen Angriffe zunächst auf die Gebiete entlang der libanesisch-israelischen Waffenstillstandslinie, auch „Blaue Linie“ genannt, werden zunehmend Gebiete weit nördlich des Litani-Flusses bei Nabatieh, Saida oder auch in der Beeka-Ebene bei Baalbek angegriffen. Von libanesischer Seite werden die Opferzahlen täglich aktualisiert.

Die libanesische Souveränität

Die Hisbollah, die seit dem 8. Oktober 2023 zur Unterstützung des palästinensischen Widerstandes gegen die israelische Invasion in Gaza „Entlastungsangriffe“ auf militärische Stellungen der israelischen Streitkräfte bis zu 8 km südlich der Waffenstillstandslinie verübt, meldet bis zum vergangenen Montag (3. Juni 2024) den Tod von 326 Hisbollah-Angehörigen. Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der Hisbollah, sagte bei einer Rede am vergangenen Freitag (31.05.2024), der militärische Einsatz im Süden des Landes sichere „die Zukunft des Libanon, seiner Wasser- und Ölressourcen und seine Souveränität“.

Hisbollah-Kommandos greifen mit Raketen militärische Infrastruktur wie Kasernen, Luftverteidigungsanlagen, Überwachungssysteme (entlang der von Israel befestigten Waffenstillstandslinie), Abschussrampen und gepanzerte Fahrzeuge an. Mit Ort, Uhrzeit und eingesetzten Waffen werden Angriffe auf israelische Militärbasen von der Hisbollah dokumentiert. Die dazu verbreiteten Videos werden auch von der israelischen Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgt.

Sobald ein Waffenstillstand in Gaza erreicht werde, würden die Waffen schweigen, sagt die Hisbollah. Sofern Israel sich daran halte. Dass es der Hisbollah ernst ist, zeigte sich bei dem einwöchigen Waffenstillstand im November 2023, während dem mehr als 100 israelische Geiseln aus Gaza freikamen. Im Gegenzug ließ Israel mehr als 200 palästinensische Gefangene frei.

Kein Schutz für die Zivilbevölkerung

Nach Angaben der libanesischen Tageszeitung *L'Orient Today* wurden auf libanesischer Seite 70 Zivilisten, mehr als 20 Sanitäter und mindestens drei Journalisten seit dem 8. Oktober 2023 bei israelischen Angriffen getötet. Nach Angaben von südlibanesischen Behörden wurden im gleichen Zeitraum 1.700 Gebäude zerstört und 14.000 weitere Gebäude beschädigt. Mehr als 90.000 Bewohner des südlibanesischen Grenzgebietes wurden evakuiert, viele von ihnen verloren durch die israelischen Angriffe ihre Häuser. Wiederholt ist Israel von internationalen Hilfsorganisationen kritisiert worden, Zivilisten und zivile Infrastruktur nicht zu schützen, wie das humanitäre internationale Recht es gebietet. Bei einem Angriff auf ein medizinisches Notfallzentrum in Hebbarieh (Südlibanon) wurden im März dieses Jahres sieben freiwillige Sanitäter getötet. Libanon hat wiederholt Beschwerden bei den Vereinten Nationen gegen die israelischen Angriffe eingereicht. Genannt werden dabei auch Angriffe mit Brandbomben. Eine Reaktion seitens des UN-Sicherheitsrates liegt nicht vor.

Auf libanesischer Seite stieg die Zahl der Opfer am vergangenen Wochenende an. Bei zahlreichen Angriffen wurden ein Sanitäter, eine Frau, zwei Brüder und vier Hisbollah-Angehörige getötet. 17 weitere Personen wurden verletzt und ein Dutzend Häuser wurden zerstört. Der Sanitäter war mit seiner Ambulanz unterwegs, als sein Fahrzeug bei Naqoura zerstört wurde. Sein Kollege wurde verletzt, beide arbeiteten für das Islamische Gesundheitskomitee, das zur Hisbollah gehört. In Adloun, südlich von Saida, wurde eine Frau in ihrem Haus getötet, ihre Kinder wurden verletzt ins Krankenhaus gebracht. Zwei Brüder, die zur Unterstützung ihrer Familien Milch- und Joghurtprodukte ausfahren, wurden auf ihrem Motorrad getötet. Nachdem die Hisbollah den Abschuss einer israelischen Hermes-Drohne 900 meldete, verstärkte Israel seine Luftangriffe und

bombardierte u.a. Gebäude im Beeka-Tal bei Baalbek. Nach Angaben von Beobachtern war es die 4. Überwachungs- und Angriffsdrohne der israelischen Streitkräfte, die von Hisbollah abgeschossen wurden. Stückpreis nach Angaben des israelischen Militärs je nach Ausrüstung zwischen 18 und 30 Millionen USD.

US-Administration plant Abkommen

Die US-Administration will eine Ausweitung des Krieges in Gaza auf den Libanon vermeiden. Der US-Präsidentenberater Amos Hochstein reist zwischen Beirut, Tel Aviv und Washington hin und her, [um eine Einigung zwischen Libanon und Israel über die Grenze entlang der „Blauen Linie“ zu erreichen](#). Hisbollah und auch die libanesische Regierung haben erklärt, dass es keine Verhandlungen gebe, solange der Krieg gegen Gaza anhalte.

Er erwarte „keinen immerwährenden Frieden zwischen Hisbollah und Israel“, erklärte Hochstein im Gespräch mit der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden Ende Mai (23.05.2024). Doch ein Bündel von Vereinbarungen könnte die Spannungen lösen und zu einer von beiden Seiten anerkannten Grenze führen. „Das könnte einen weit bringen.“ Und zwar „in sehr kurzer Zeit“.

Die vertriebenen Israelis südlich und Libanesen nördlich der „Waffenstillstandslinie“ sollten in ihre Häuser zurückkehren können. Gleichzeitig sollten die libanesischen Streitkräfte gestärkt werden. In einer zweiten Phase solle ein „Wirtschaftspaket für den Libanon“ zeigen, dass die internationale Gemeinschaft [„in sie investiert“](#). Dafür solle die Stromversorgung des Landes erneuert werden, um die Libanesen mit täglich 12 Stunden Strom zu versorgen. Aktuell gibt es nur wenige Stunden Strom aus dem öffentlichen Stromnetz. Wer bezahlen kann, kauft Strom vom Generator hinzu. Nach einem Wirtschaftspaket könne die Landesgrenze markiert werden, so Hochstein weiter. Mit der Stabilisierung der Wirtschaft könne der Einfluss des Iran zurückgedrängt werden.

Was Hochstein nicht sagte, ist, dass Israel als eine Art Sicherheitsgarantie fordert, dass die Hisbollah sich aus der Grenzregion rund 30 km bis hinter den Litani-Fluss zurückziehen müsse. Die dann entstehende Pufferzone solle - auf libanesischem Territorium - von der UN-Friedensmission UNIFIL und der libanesischen Armee kontrolliert werden. Israel beruft sich dabei auf die [UN-Sicherheitsratsresolution 1701](#), mit der 2006 der Krieg beendet wurde. Darin heißt es, dass die Hisbollah keine militärische Präsenz entlang der „Blauen Linie“ haben solle. Israel muss sich vom gesamten libanesischen Territorium zurückziehen. Aus Sicht des Libanon hält Israel große Teile von Palästina, aus Sicht Israels den Norden besetzt, darunter die libanesischen Sheeba-Farmen.

Die Hisbollah - und mit ihr vermutlich eine Mehrheit der Libanesen, die sich noch an die letzte langjährige israelische Besatzung des Libanon (1982-2000) erinnern - lehnen einen Rückzug der Hisbollah aus dem Grenzgebiet ab. Selbst wer kein Freund der Hisbollah ist, erkennt an, dass deren militärische Präsenz und Stärke die einzige Garantie dafür ist, dass Libanon nicht erneut von Israel besetzt werden kann. Ein von Frankreich vorgelegter Plan schlägt ebenfalls eine ähnliche Mehr-Phasen-Lösung vor.

Alle Kraft für den Alltag

Für die Libanesen sind diese Planspiele weit entfernt. Ihr Alltag verlangt ihnen alle Kraft ab, um genug Essen für die Familie auf den Tisch zu bringen, um alle Kosten begleichen zu können. Viele können nur überleben, weil sie Hilfe von Verwandten aus dem Ausland bekommen. So können sie zusätzliche Stromkosten an den Besitzer eines großen Generators bezahlen, sich frisches Wasser liefern lassen oder die Chemotherapie für eine Krebsbehandlung bezahlen.

Armut, Unsicherheit, Drohungen und Perspektivlosigkeit bringen die libanesische Gesellschaft aus den Fugen. Die Kriminalitätsrate ist hoch, Entführungen zum Erpressen von Lösegeldern nehmen zu. Es gibt Berichte von Zwangsprostitution, Vergewaltigung von Kindern. Junge Mädchen werden verschleppt, um sie auf dem illegalen Heiratsmarkt in den vielen syrischen Flüchtlingslagern meistbietend verkaufen zu können.

„Es wäre besser, die Syrer würden nach Hause gehen“, ist immer wieder zu hören. „Wer sie hier unterstützt, kann sie auch in Syrien unterstützen, damit sie zurückkehren können.“ Vor einer Woche (27.05.2024) wurden auf der inzwischen [„8. Geberkonferenz für die Zukunft Syriens und der Region“](#) in Brüssel 7,5 Milliarden Euro für die Versorgung von syrischen Flüchtlingen in der Türkei, Libanon, Jordanien, Irak eingeworben. Auch Inlandsvertriebene in Syrien - in Idlib und im syrisch-türkischen Grenzland von Idlib und Aleppo - sollen versorgt werden. Mehr als 6 Milliarden Euro brachten Europa und europäische Länder auf. Deutschland sagte 1,02 Milliarden Euro zu, die EU 2,12 Milliarden Euro.

Im Vorfeld der Konferenz hatten sich in Nicosia/Republik Zypern Vertreter und Vertreterinnen aus 8 EU-Staaten getroffen, um darüber zu beraten, wie die freiwillige Rückkehr von Syrern in ihre Heimat unterstützt werden könne. In einer gemeinsamen Erklärung forderten Vertreter aus Österreich, aus der Tschechischen Republik, Zypern, Dänemark, Griechenland, Italien, Malta und Polen, dass die Situation in Syrien neu bewertet werden müsse. Zwar gebe es keine vollständige Stabilität im Land, doch die Lage habe sich in weiten Teilen erheblich beruhigt. Besonders Zypern sucht Unterstützung, weil es die vielen Menschen, die mit Booten aus dem Libanon an seinen Küsten anlanden, nicht mehr

versorgen kann. Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission, bot dem Libanon 1,06 Milliarden US-Dollar an, um die Grenzen besser zu kontrollieren und den Strom der Menschen, die versuchen, über das Mittelmeer nach Zypern (EU) und Italien zu gelangen, zu stoppen.

Doch wie Zypern kann auch der Libanon die syrischen Flüchtlinge nicht länger versorgen. Darauf weisen verschiedene Regierungen des Landes seit Jahren und zuletzt auch Interimsministerpräsident Najib Mikati hin. Die einzige Perspektive für die Region ist die Rückkehr der Menschen in ihre Heimat. Dafür benötigen sie Unterstützung, um in Syrien wieder neu anfangen zu können. Grundvoraussetzung dafür wiederum ist die Aufhebung aller wirtschaftlichen Strafmaßnahmen und Sanktionen gegen Syrien, die von der EU und den USA gegen das Land verhängt worden sind. Sie blockieren die wirtschaftliche Erholung des Landes und die wirtschaftliche Stabilisierung der gesamten Region.

(Karin Leukefeld, Beirut)

Titelbild: sibsky2016 / Shutterstock